

Dreifuss kritisiert Couchepins Rentenpläne

Lange hat sie geschwiegen. Doch jetzt tritt Ruth Dreifuss gegen die Pläne ihres Nachfolgers an. Am 12. September wird sie in Bern an einem Protesttag der Rentner auftreten.

Von **Iwan Städler**

Seit ihrem Rücktritt als Bundesrätin hat sie sich nie mehr öffentlich zur Sozialpolitik geäussert. Das soll sich nun ändern. «Ich lasse mir keinen Maulkorb verpassen», sagt Ruth Dreifuss im Gespräch mit dem TA. Sie setze sich seit über 40 Jahren fürs Soziale ein und sehe nicht ein, warum sie dies als Alt-Bundesrätin nicht mehr tun soll. «Diesbezüglich lasse ich mich sicher nicht pensionieren», versichert sie. So wird Dreifuss am 12. September an einem Protesttag der Rentnerinnen und Rentner auftreten, der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisiert wird.

«Perfider Raubzug auf die AHV»

Der Protesttag richtet sich gegen Pascal Couchepins Pläne, das AHV-Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen und die Renten nicht mehr wie bisher der Lohnentwicklung anzupassen. Letzteres steht bereits in der Herbstsession zur Debatte, wenn das Parlament das Sparprogramm berät. Falls sich der Bundesrat durchsetzt, werden die AHV-Renten nur noch der Teuerung angepasst. Auf eine «Reallohnerhöhung» müssten die Rentner dagegen – zumindest vorübergehend – verzichten.

Diesen «perfiden Raubzug auf die AHV-Leistungen» wollen die Gewerkschaften verhindern. Sie sprechen von einem «Sozial-Staatsstreich von Couchepin & Co.», gegen den sie diverse Aktionen planen. Zum Beispiel den Protesttag der Rentnerinnen und Rentner. Rund 1000 Personen sollen am 12. September in den Berner Kursaal pilgern, wo neben Ruth Dreifuss weitere Altpolitiker auftreten werden – etwa Emilie Lieberherr (ehemalige Zürcher Stadträtin und Ständerätin), Helmut Hubacher (früherer Nationalrat und SP-Präsident) und Otto Piller (ehemaliger Ständerat und Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung). Sie alle werden Pascal Couchepin nicht schonen.

Auch Ruth Dreifuss wird keine lobenden Worte finden. Denn die Alt-Bundesrätin hält wenig von den Ideen ihres Nachfolgers. Das bringt sie auch im Gespräch mit dem TA zum Ausdruck. Dreifuss fin-

det es falsch, das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen. So müssten viele Menschen «durch eine Art Hölle», bevor sie die AHV erhielten, kritisiert die ehemalige Sozialministerin. All jene, die nicht mehr arbeiten könnten, würden zur Invaliden- oder zur Arbeitslosenversicherung abgeschoben. Alt-Bundesrätin Dreifuss möchte dagegen, dass alle «in Würde in Pension gehen können».

Ebenso vernichtend fällt ihr Urteil über die geplante Entkoppelung der Renten von der Lohnentwicklung aus. Hier habe Pascal Couchepin seine Meinung geändert. Früher habe er sich noch überzeugen lassen, den so genannten Mischindex beizubehalten. Jetzt wolle er ihn opfern. Es gehe jedoch nicht an, auf der einen Seite die Leistungen von der Lohnentwicklung zu lösen, auf der anderen Seite aber weiterhin lohnabhängige Beiträge zu kassieren. «Ich werde am 12. September den zweiten Teil dieser Botschaft erzählen. Denn ich habe etwas gegen halbe Botschaften», kritisiert Dreifuss.

«Mit einer gewissen Distanz»

Couchepins Vorgängerin will sich auch nach dem 12. September weiter zur Sozialpolitik äussern, wenn sie es für angebracht hält. Schon als Bundesrätin habe sie sich

keinen Maulkorb umlegen lassen und ihre Meinung in wichtigen Fragen auch dann kundgetan, wenn sie innerhalb des Gremiums in der Minderheit war. Ruth Dreifuss will sich aber nicht in Couchepins Tagesgeschäft einmischen, sondern dessen Politik «mit einer gewissen Distanz» beurteilen.

Die Gewerkschaften freuts. Sie werden auch in Zukunft auf ihre ehemalige Mitarbeiterin zählen können. Nebst dem Protesttag der Rentner planen sie für den 20. September eine Grosskundgebung in Bern. Diese kann allerdings nicht auf dem Bundesplatz stattfinden, da er zurzeit umgebaut wird. So werden die erwarteten 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Bundeshaus vorbeimarschieren und ihren Protest am Bärengraben deponieren müssen.

Vorerst kein nationaler Streik

Zehn Tage zuvor sollen in verschiedenen Schweizer Städten Protestaktionen stattfinden. Gewerkschaftssprecher Pietro Cavadini denkt an Pfeifkonzerte oder an eine Behinderung des Verkehrs. Auch Arbeitsniederlegungen seien möglich. Ein nationaler Streik sei dagegen zumindest vorerst kein Thema. «Das kann man», so Cavadini, «nicht von oben verordnen.»

die hohe Arbeitsbereitschaft seiner Landsleute folgendermassen: «Isländer sind besonders konsumfixiert und haben eine überaus positive Einstellung zur Arbeit. Beides ist Teil der Kultur und unter anderem durch die engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erklären.» Island war jahrhundertlang ein armes Land. Der Aufschwung kam erst mit den amerikanischen Truppen, die im Zweiten Weltkrieg die Insel zunächst besetzten und später als Schutzmacht blieben. Sie bauten grosse Teile der Infrastruktur und sorgten dafür, dass Island innerhalb weniger Jahre eine Entwicklung durchmachte, für die andere Staaten Jahrhunderte brauchen. Die Insel hat sich seitdem zu einer offenen, voll in den Welthandel integrierten Volkswirtschaft entwickelt und verdankt ihren Wohlstand vor allem den Fischexporten sowie der von günstigen Energiepreisen angezogenen Aluminiumindustrie.

Die Arbeitslosigkeit sinkt

Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen gehört Island inzwischen längst zur Riege der reichen Staaten und lässt traditionelle Industrieländer wie Deutschland und England hinter sich. Der Reichtum der Inselbewohner kann allwöchentlich auf Reykjavíks Flaniermeile Laugavegur beobachtet werden. Freitag- und Samstagabend rollen die neuesten Geländewagenmodelle aus Deutschland und Fernost Stossstange an Stossstange an den Nachtclubs der Hauptstadt vorbei.

In einer so florierenden Wirtschaft ist Arbeitslosigkeit nur eine Randerscheinung. Ihren Höchststand erreichte die Quote Anfang der neunziger Jahre mit 5,3 Prozent, zurzeit liegt sie bei 3,2 Prozent. Diese entspannte Lage auf dem Arbeitsmarkt erleichtert den Isländern, bis ins hohe Alter in Lohn und Brot zu bleiben. Im Gegensatz dazu hatte in den meisten westeuropäischen Staaten die Politik gemeinsam mit der Industrie und den Gewerkschaften versucht, ihr Arbeitslosenproblem mit Hilfe von Frühverrentungen zu mindern. Die Erwerbstätigenquote ist in Deutschland deshalb deutlich niedri-

ger als in Island. Nur knapp 38 Prozent der 55- bis 64-Jährigen und nicht einmal drei Prozent der über 64-Jährigen sind berufstätig. «Deutschland nutzt das Potenzial seiner Volkswirtschaft nicht aus», sagt der Ökonom Herbertsson dazu.

Frührente ist Verschwendung von Ressourcen

Nach seinen Berechnungen wäre das deutsche Bruttoinlandprodukt um 13 Prozent höher, wenn hierzulande die Menschen bei der Lebensarbeitszeit so lange arbeiten würden wie in Island. Auch Winfried Schmähl, Professor für Sozialpolitik an der Universität Bremen, hält es für eine Verschwendung von Ressourcen, einen Grossteil der Arbeitnehmer so früh in Rente zu schicken. Er rät, sich beim Renteneintrittsalter auf Island zuzubewegen: «Wir müssen ja nicht gleich bis 67 arbeiten. Es wäre schon viel gewonnen, wenn es in Deutschland zukünftig nicht mehr möglich wäre, mit weniger als 62 Jahren in Rente zu gehen.»

Niedrigere Stundenlöhne

Gleichzeitig hält Schmähl es nicht für praktikabel, das isländische Modell inklusive Kapitaldeckung eins zu eins zu übernehmen: «Ein System nach isländischem Vorbild würde bedeuten, sich vom Umlageverfahren weitgehend zu verabschieden.» Das müsste, genauso wie eine drastische Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, «die Lebensplanung der heutigen Erwerbstätigen durcheinander bringen», sagt Schmähl, der in der vergangenen Legislaturperiode den Bundestag in Fragen der Alterssicherung beraten hat. Zudem führt eine längere Erwerbstätigkeit bei einem Land, dessen Wirtschaft kaum wächst, zumindest kurzfristig zu einer höheren Arbeitslosigkeit.

Das Problem könnte nur gelöst werden, wenn auch die Stundenlöhne sich an das isländische Niveau anpassen und sinken würden. Niedrigere Stundenlöhne aber bedeuten niedrigeres Einkommen – das ist, zumindest kurzfristig gesehen, der Nachteil am isländischen Modell.